

Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zur Landtagswahl 2018

1

Nennen Sie bitte drei konkrete politische Initiativen, die die Bewohner_innen in so-zialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen in Hessen zur Verbesserung Ihrer Wohn- und Lebensbedingungen in den kommenden Jahren von Ihrer Partei erwarten können?

CDU

Seit 1999 zielt das von den CDU-geführten Landesregierungen initiierte Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ darauf ab, benachteiligte, strukturschwache Stadtteile zu stabilisieren, städtebaulich aufzuwerten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Das Programm hat aus Sicht der CDU Hessen bewiesen, dass Stadtentwicklung dann besonders erfolgreich ist, wenn sie auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte reagiert. Die Probleme in den Quartieren können nur dann gelöst werden, wenn Strategien und Ressourcen gebündelt und gemeinsam mit den wichtigen Akteuren interdisziplinäre Konzepte umgesetzt werden. Aufbauend auf diesen Zielen und den erfolgreichen Beispielen in vielen hessischen Teilnehmerkommunen sollen die Anreize zur interkommunalen Kooperation im Städtebau, bspw. durch Stadt-Umland-Kooperationen, gestärkt und das Programm „Soziale Stadt“ erfolgreich fortgesetzt werden. Dazu werden in diesem Jahr – nachdem bereits in den Vorjahren einige Neuaufnahmen erfolgt sind – drei weitere Standorte in die Programmfamilie aufgenommen. Somit erhalten insgesamt 34 Standorte in 2018 eine Förderung in Höhe von rund 28 Millionen Euro. Damit wird ein integrativer Bestandteil lokaler Initiativen zur Aufwertung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf weiterhin zur Verfügung stehen.

In das Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ wurden in diesem Jahr des Weiteren 11 Standorte aufgenommen. Gefördert werden quartiersbezogene Bauprojekte, die die Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, den sozialen Zusammenhalt und die Integration vor Ort unterstützen und nachhaltig stärken. Die Projekte zur sozialen Integration werden mit einer staatlichen Förderung von 90 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten unterstützt. Insgesamt erhalten die aufgenommenen Kommunen in diesem Jahr eine Förderung in Höhe von rund 17,9 Millionen Euro.

Für ein lebens- und liebenswertes Hessen überall in unserem Land werden in das Förderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ zudem 9 weitere Städte und Gemeinden aufgenommen. Das Programm fördert Städtebauprojekte, die das Wohnen in den zentralen Lagen, die Funktions- und Angebotsvielfalt, die Aufenthaltsqualität, eine stadtverträgliche Mobilität und das Engagement Privater nachhaltig unterstützen und sichern. Insgesamt erhalten 27 Fördergebiete rund 16 Millionen Euro aus dem Innenstadtprogramm.

SPD

Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und deshalb die Bundesmittel mit originären Landesmitteln ergänzen. Wir werden dabei darauf achten, dass keine Ghettos entstehen, sondern eine vernünftige Mischung unterschiedlichster Gruppen gewahrt bleibt. Wir wollen Obdachlosigkeit bekämpfen und die auslaufende Sozialbindung bestehender Wohnungen erhalten.

Wir wollen mit einem Stufenplan auch die Gebühren für Kinder unter drei Jahren abschaffen und damit auch diese Bildungsbarriere beseitigen. Gerade im U3-Bereich sind die Gebühren besonders hoch und für viele Familien nicht zu bezahlen. Über die wirtschaftliche Jugendhilfe werden nicht alle gefördert.

Wir werden einen Aktionsplan gegen Kinder- und Jugendarmut vorlegen, dessen Umsetzung in einem kontinuierlichen Arbeitszusammenhang mit allen relevanten Akteuren – darunter

auch die Initiativen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ – beraten wird.

Bündnis 90/ Die Grünen

1. Aufstocken der Fördermittel für bezahlbaren Wohnraum:

Wir GRÜNE wollen, dass sich alle Menschen in Hessen mit gutem und bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Deshalb hat die aktuelle Landesregierung mit zahlreichen Maßnahmen begonnen, für mehr bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu sorgen. Bis zum Jahr 2020 stehen insgesamt 1,7 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit. Diese Fördersumme wollen wir auf 2 Milliarden Euro anheben. Damit können 20.000 Wohnungen für rund 60.000 Menschen geschaffen werden. Außerdem wurde die Nassauische Heimstätte, als landeseigene und größte Wohnungsbaugesellschaft in Hessen, strategisch ausgebaut und durch eine Eigenkapitalerhöhung von 200 Millionen Euro aufgewertet. Damit wurde das Wohnungsunternehmen in die Lage versetzt, in den Bau von etwa 5.000 zusätzlichen bezahlbaren Wohnungen zu investieren.

Wir werden uns zusätzlich dafür einsetzen die „klassischen“ Träger des sozialen Wohnungsbaus, die sich öffentlichen Aufgabenstellungen verpflichtet fühlen, und insbesondere die Gesellschaften, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, noch stärker in die Aufgabe der Schaffung von preiswertem Wohnraum einzubinden und entsprechend zu fördern. Eine wichtige Rolle spielen diejenigen Investoren, die nicht nur Wohnungen bauen, sondern diese nach Fertigstellung auch in ihrem Bestand erhalten.

2. Förderung des gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnens:

Aufgrund unserer immer vielfältigeren Gesellschaft mit unterschiedlichen Ansprüchen an das Wohnen gibt es immer mehr Aktivitäten im genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Bereich: durch Senioren-WGs, Projekte mit gemeinsamem Wohnen von Jung und Alt und vieles mehr. Hier übernehmen Menschen nicht nur eine Wohnung, sondern auch Verantwortung für die Gemeinschaft und das gute Zusammenleben im Quartier oder im Dorf. Wir wollen, dass diese neuen Ansprüche auch politisch anerkannt und unterstützt werden.

Daher wollen wir, dass Bedürftige über die soziale Wohnraumförderung Zuschüsse zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen erhalten können. Wir finden auch, dass bei der Ausschreibung von Landesliegenschaften nicht nur ein Anteil für Sozialwohnungen bereitgestellt werden soll, sondern auch für genossenschaftliches, gemeinschaftliches und experimentelles Wohnen. Wir wollen außerdem die Wohnraumförderrichtlinien im Hinblick auf die Förderung von genossenschaftlichem und gemeinschaftlichem Wohnen überarbeiten, sodass dabei auch gemeinschaftlich genutzte Räume förderfähig sind. Um all diese neuen Ideen besser zu bündeln, wollen wir eine Landesberatungsstelle für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnformen einrichten.

3. Integrativer Ansatz der Städtebauprogramme mit sozialer Wohnraumförderung:

Wir wollen die bestehenden Förderprogramme des Landes für den sozialen Wohnungsbau und die bisherigen Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung (beispielsweise die Programme „Soziale Stadt“, „Zukunft Stadtgrün“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Aktive Kernbereiche“ und „Stadtumbau“) stärker in einem integrativen Ansatz miteinander verzahnen, um gleichermaßen bei bestehenden Wohnquartieren wie auch bei Neubauten alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung der Kommunen berücksichtigen zu können. Durch dieses neue Angebot sollen ökologisch sinnvolle, ressourcenschonende und sozial ausgewogene Quartiere entstehen. So können nicht nur Sozialwohnungen gebaut und gefördert, sondern auch barrierefreie Quartiere für behinderte und ältere Menschen, BewohnerInnen-treffs, Mobilitätszentralen, Kinderbetreuung und Gemeinschaftsgärten im Quartier damit verbunden werden. Insbesondere die Wohnungsbaugesellschaften sollen verpflichtet werden, barrierefreie Wohnungen in einem bestimmten Umfang vorzuhalten, so wie dies in der aktuellen, neugestalteten Hessischen Bauordnung verankert ist. Das alles miteinander hätte den Effekt, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner gleichwertig ein attraktives Umfeld mit

guten Bedingungen für gute Nachbarschaften und mehr Lebensqualität vorfinden.

Die Linke

DIE LINKE versteht sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Mit der Forderung nach höheren Staatseinkünften z. B. über die Vermögenssteuer können Maßnahmen der Bildungs-, Sozial- und Wohnungspolitik realisiert werden.

Wichtig ist die Versorgung mit ordentlichem und bezahlbarem Wohnraum. Viele Familien leben auf zu engem Raum zusammen, erwachsene Kinder und getrennte Partner*innen können nicht ausziehen, weil kein bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Wir wollen, dass jährlich 10.000 Sozialwohnungen in Hessen neu entstehen und 2000 Studierendenwohnungen, mehr müssen barrierefrei werden. Wir wollen eine wirksame Mietpreisbremse und die Begrenzung der Nebenkosten.

Wir setzen uns für gute Arbeit ein, von deren Gehalt man leben kann, Leiharbeit, Minijobs und Befristungen sollen gerade dann, wenn das Land damit zu tun hat, zurückgedrängt werden. Über ein gutes Vergabegesetz, das wir in den Landtag eingebracht haben, könnte die Landesregierung auf viele Betriebe Einfluss nehmen.

Wir setzen uns für starke Städte und Gemeinde und starke Landkreise ein. Diese brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, so dass sie genügend finanzielle Mittel haben, um soziale Projekte in benachteiligten Stadt- oder Ortsteilen zu finanzieren. Die Infrastruktur muss vor Ort erhalten bleiben und ausgebaut werden. Dies gilt beispielweise für Freizeit- und Sportangebote, wie Schwimmbäder und Sportanlagen, für öffentliche Büchereien, Stadtteiltreffs, kulturelle Einrichtungen, Jugendtreffs, etc. Dazu gehört aber auch ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, der perspektivisch zum Nulltarif genutzt werden soll.

FDP

Wir Freie Demokraten stehen für Chancengleichheit von Anfang an. Wir wollen insbesondere die Bildungschancen für alle Hessen deutlich verbessern. Darum brauchen wir insbesondere bei der frühkindlichen Bildung mehr Qualität und mehr Personal. Im Zentrum steht das Wohl des Kindes. Jedes Kind soll unabhängig seiner sozialen Herkunft die gleichen Chancen zur Selbstentfaltung bekommen. Deshalb bedürfen Kinder und Jugendliche, die in bildungsfernen Familien aufwachsen, im Rahmen ihrer Bildungsbemühungen in besonderem Maße der staatlichen Fürsorge.

Eine regelmäßige Begleitung sozialschwacher Familien durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte sowie Unterstützungsangebote für die Bildung, Ausbildung und Fortbildung verbessern zudem die schlechteren Startbedingungen von Kindern und sorgen für Chancengleichheit.

Die Sozialämter sind personell so auszustatten, dass sie ihrer Aufgabe, den Schutz von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, jederzeit mit der notwendigen Intensität nachkommen können.

2

Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ und des hessischen Landesprogramms „Gemeinwesenarbeit“ in Bezug auf die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen in sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Quartieren und bei der Überwindung sozialräumlicher Armut und Ausgrenzung in Hessen?

CDU

Die CDU-geführte Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für die Stadtentwicklungspolitik im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auch künftig wahr und wird den Kommunen notwendige Investitionen in ihre Stadtentwicklung ermöglichen. Dies gilt gerade auch für wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadtteile.

Die CDU sieht angesichts der Herausforderungen in den Städten und Gemeinden – gerade in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen – besonderen Handlungsbedarf für die Städtebauförderung in der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der demografischen Umbrüche und bei der Sicherung des sozialen Zusammenhalts. Vor diesem Hintergrund wird das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ fortgeführt. Die Mittel wurden gegenüber dem Haushaltsjahr 2016 erhöht. Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, das Programm „Soziale Stadt“ an den neuen Herausforderungen für Städte und Kommunen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auszurichten.

Handlungskonzepte und Programme zur Steigerung der Attraktivität von Stadtteilen und der wirksamen Unterstützung der sozialen und kulturellen Vielfalt müssen mittel- bis langfristig angelegt sein. Die Landesregierung wird daher erprobte und bewährte Handlungsansätze und Programme, wie z.B. das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit, auch in Kooperation mit dem Bund, weiterentwickeln. Mit der „Allianz für Wohnen“ arbeitet die Landesregierung weiter an konkreten Lösungen, um die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern.

SPD

Beide Programme sind unverzichtbar und müssen erhalten werden. Sie müssen aber besser miteinander verzahnt werden, um noch erfolgreicher zu sein. Die Evaluierung und ggf. Neustrukturierung ist Bestandteil des Aktionsprogramms gegen Kinder- und Jugendarmut.

Bündnis 90/ Die Grünen

Hier verweisen wir auf die Antwort zu Frage 1

Die Linke

Beide Programme sollten unbedingt erhalten und ausgebaut werden. Es soll den Kommunen und Gemeinwesenprojekten möglich sein, ohne große bürokratische Hürden, finanzielle Mittel für Infrastrukturmaßnahmen wie für die Koordinierung und neue Angebote in den Stadtteilen zu erhalten. Es zeigt sich, dass beide Programme greifen. Wir würden uns wünschen, dass alle Stadt- und Ortsteile, die Bedarf haben, von diesen Programmen profitieren können, auch wenn die teilnahmeinteressierten Kommunen die Komplementärmittel nicht aufbringen können. Wir sehen es weiterhin als notwendig an, die etablierten Koordinierungsstellen über den Programmzeitraum in den Stadtteilen zu verstetigen, da diese eine wesentliche Aufgabe in der Gestaltung einer guten Zusammenarbeit in einem örtlichen Netzwerk haben. Weiterhin sehen wir es als notwendig an, gerade im Programm Gemeinwesenarbeit die bürokratischen Hürden zu senken.

FDP

Während der Regierungszeit der FDP wurde das Bundesprogramm Soziale Stadt mit den entsprechenden Landesmitteln kofinanziert. Angesichts des Erfolgs des Programms werden wir uns auch weiterhin für die Kofinanzierung des Programms Soziale Stadt einsetzen. In den vergangenen Jahren sind die Mittel für die quartierbezogene Gemeinwesenarbeit nicht

abgerufen worden. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, dass wir neben den sozialen Programmen insbesondere die Bildungschancen ab der Krippe stärken müssen, um so eine Beseitigung der Folgen des „Abgehängtseins“ über den Sozialertrag mittelfristig zu vermindern.

3

Welche Strukturen und Rahmenbedingungen auf Landesebene halten Sie für notwendig, um abgestimmte Politik- und Förderstrategien für eine soziale Stadtteilentwicklung in sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteile ressortübergreifend zu ermöglichen?

CDU

Die CDU-geführte Landesregierung hat bereits vor längerer Zeit zur Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ einen besonderen Weg gewählt und in Kooperation mit der „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG)“ die Servicestelle „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)“ eingerichtet, die bei der HessenAgentur angesiedelt wurde. Sie stellt den Kommunen umfangreiche und über die Jahre gewachsene Beratungskompetenz in den verschiedensten Bereichen, einschl. Konversion, zur Verfügung. Sie unterstützt und optimiert die interkommunale, ressort- wie trägerübergreifende Kooperation zwischen Projektgebieten, Kommunen und Landesebene. Die Servicestelle bietet auf diese Weise mit ihrer Kooperationsstruktur ein wichtiges Netzwerk für Beratung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Begleitforschung. Sie übernimmt ebenfalls Moderations-, Koordinations- und Dokumentationsaufgaben.

SPD

Wir brauchen eine Förderung, die auf Nachhaltigkeit setzt. Eine Projektförderung, die immer nur auf begrenzten Zeitraum und begrenzte Zielgruppen setzt, ist u. E. nicht sinnvoll. Wir müssen mehr auf Prävention setzen. Daher wollen wir mit einem konzeptionell von Grund auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten Sozialbudget die soziale Infrastruktur in Hessen aufbauen.

Bündnis 90/ Die Grünen

Hier verweisen wir auf die Antworten zu den Fragen 1 und 5

Die Linke

Es ist dringend erforderlich, den Angeboten vor Ort eine kompetente und tatkräftige Unterstützung auf Landesebene zur Verfügung zu stellen, wie mit der Servicestelle HEGISS für das Programm Soziale Stadt und der LAG Soziale Brennpunkte Hessen existiert. Darüber hinaus ist aber auch bei der Programmentwicklung und Genehmigung durch die Landesverwaltung eine konstruktive Zusammenarbeit zu leisten, weitere Programme sollten in die Koordination einbezogen werden, um die Mittel effektiv einsetzen zu können. Landes-, Bundes- und kommunale Mittel sollen sinnvoll kombiniert werden können.

FDP

Wir halten die Forderung der LAG nach einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe zur Abstimmung der einzelnen Förderprogramme für nachvollziehbar. Doppelstrukturen in den einzelnen Ressorts können so vermeiden werden.

4

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um sicherzustellen, dass

- a) ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist,**
- b) Mieter_innen nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden**
- c) die Notlage von Mieter_innen nicht ausgenutzt wird**
- d) kommunale Strukturen zur Sicherung der Wohnraumversorgung gestärkt werden**
- e) Sonderunterkünfte für Menschen in Wohnungsnot nicht entstehen bzw. vorhandene Schlicht- und Einfachstunterkünfte aufgelöst werden?**

CDU

a)

Es ist das zentrale Ziel der CDU Hessen, dass jeder in Hessen für sich angemessenen und zu seinen Bedürfnissen passenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen finden kann. Dafür ist es erforderlich, vor allem in den Ballungsräumen mehr Wohnraum zu schaffen. Bezahlbare Preise lassen sich am besten durch ein ausreichendes bedarfsgerechtes Angebot sicherstellen. Dafür brauchen wir mehr Wohnraum.

Mit dem Masterplan Wohnen, der Bereitstellung von rund 1,7 Milliarden Euro Fördermitteln bis 2020, dem Abbau von Investitionshindernissen, Maßnahmen zum Akquirieren von Bauland und einer entschlossenen Förderung der ländlichen Räume verfolgt die CDU-geführte Landesregierung einen umfassenden Plan, um das Angebot an Wohnraum in allen Segmenten zu steigern.

Wir werden die großen Anstrengungen zur Schaffung von sozialem Wohnraum fortsetzen und auch weiterhin Fördermittel in Rekordhöhe von 300 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen und verstärkt Belegungsrechte kaufen, um schnell günstige Mietpreise zu sichern. In der gesamten vergangenen Legislaturperiode ist kein Antrag auf den Bau von Sozialwohnungen abgelehnt worden. Wir werden sicherstellen, dass auch zukünftig kein Sozialwohnungsprojekt an mangelnden Finanzmitteln scheitert.

Die Ausweisung von Bauland werden wir deutlich beschleunigen, indem wir die Kommunen organisatorisch und finanziell dabei unterstützen, vorhandene Potenziale zu nutzen und Bauland zu entwickeln.

Um in allen Segmenten mehr Wohnungen zu schaffen, werden wir einen „Masterplan für mehr Eigentum“ auflegen mit dem Ziel, die Wohneigentümer-Quote in Hessen um jährlich 1 Prozent zu steigern und hierzu unter anderem das Baukindergeld nutzen, die steuerliche Absetzbarkeit zu verbessern, die Grunderwerbsteuer anzupassen, die Eigentumsförderung des Landes attraktiver auszugestalten und ein Bürgerschaftsprogramm des Landes zu Eigenkapitalergänzung aufzulegen.

b & c)

Die Fragen b und c werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Es ist unser Ziel, dass jeder in Hessen für sich eine angemessene und passende Wohnung finden und bewohnen kann.

In erster Linie sichern die mietrechtlichen Vorgaben des Bürgerlichen Gesetzbuchs einen umfassenden Mieterschutz, womit die Verdrängung aus der bewohnten Mietwohnung verhindert werden soll. Auch ohne Preisbindung (wie im sozialen Wohnungsbau) gelten mietrechtliche Regelungen, die drastischen Mietsteigerungen einen rechtlichen Riegel vorschieben. In aller Regel sind hier bei Bestandsmieten Mieterhöhungen um maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren möglich.

Wo eine solche Mieterhöhung zu einer Verdrängungswirkung führt, wollen wir mit dem zielgenauen Instrument des Wohngeldes helfen, damit Mieter sich auch steigende Mieten leis-

ten können. Des Weiteren setzen wir uns als CDU auf Bundesebene für eine Erhöhung und Dynamisierung des Wohngeldes ein, damit sich die Mietbelastung für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in einem erträglichen Rahmen konstant hält. Wir wollen damit sicherstellen, dass auch bei Mieterhöhungen die prozentuale Belastung des Mieters nicht steigt.

Schon heute kann ausweislich des Finanzhilfereports der Landesregierung die durchschnittliche Mietbelastung von rund 35.000 Haushalten in Hessen durch Bezug von Wohngeld von rund 35 Prozent auf unter 20 Prozent des Haushaltseinkommens gesenkt werden. Diese wichtige Hilfestellung, die gerade auch Verdrängungswirkungen vorbeugt, wollen wir weiter ausbauen. Wo auch dies nicht ausreicht, greifen die Möglichkeiten der Sozialgesetzgebung bis hin zur Grundsicherung, damit sichergestellt ist, dass jeder Mensch mit angemessenem Wohnraum versorgt ist. Wo dies eine Person nicht aus eigener Kraft leisten kann, hilft ihm unsere Solidargemeinschaft.

Ergänzend hierzu wollen wir mit dem Sozialen Wohnungsbau helfen, sehr günstige Wohnungen für entsprechend berechnete Personen anbieten zu können. Wir haben für den Bau solcher Wohnungen jährlich mit rund 300 Millionen Euro Fördermitteln absolute Rekordsummen bereitgestellt. Ergänzend dazu haben wir ein Programm zum Kauf von Belegungsrechten aufgelegt, mit dem insbesondere auch auslaufende Belegungen verlängert werden können. Mit rund 21 Millionen Euro können so über 2.300 Wohneinheiten langfristig in der Preisbindung gehalten werden. Das Programm erfreut sich großer Beliebtheit und wird gut nachgefragt. Zusätzlich hat sich die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft „Nassausische Heimstätte“ freiwillig dazu verpflichtet, rund 2.000 weitere Wohneinheiten in der eigentlich auslaufenden Bindung zu halten. Das Land hat dies mit seinem Verzicht auf Ausschüttung einer Dividende – im Gegensatz zum SPD-Oberbürgermeister in Frankfurt – ermöglicht. Darüber hinaus wird auf die in Frage 4 a erwähnten Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf Rekordniveau verwiesen.

d)

Als CDU Hessen haben wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung und in enger Kooperation zwischen Land und Kommunen die Finanzen der Kommunen in Hessen grundlegend in Ordnung gebracht.

Es ist es gelungen, dass im Jahr 2017 94 Prozent der hessischen Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben. Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs erhalten die Kommunen ein Rekordvolumen vom Land garantiert. 2019 werden es erstmals über 5 Milliarden Euro sein und damit 83 Prozent mehr als noch im Jahr 2010.

Mit dem Kommunalen Schutzschirm mit einem Volumen von 3,2 Milliarden Euro haben wir besonders defizitären Kommunen die Möglichkeit eröffnet, ihre Haushalte zu sanieren. Inzwischen haben 90 Prozent der Schutzschirmkommunen einen ausgeglichenen Haushalt und konnten 490 Millionen Euro mehr einsparen als vorgesehen.

Mit der HESSENKASSE hilft das Land zudem beim Abbau von Kassenkrediten in einer Größenordnung von 5 Milliarden Euro. Begleitend dazu gibt es ein Investitionsprogramm für Kommunen ohne Kassenkredite in Höhe von 690 Millionen Euro.

Schon mit den Kommunalinvestitionsprogrammen (KIP I und II) konnten mehr als 3.000 Maßnahmen mit einem Fördervolumen von rund 920 Millionen Euro (KIP I) und rund 560 Millionen Euro für Investitionen in die Schulinfrastruktur (KIP II) bereitgestellt und in die Zukunft der Städte, Gemeinden und Landkreise investiert werden. Gerade mit den Mitteln aus KIP I konnten die Städte und Gemeinden ausdrücklich und zusätzlich in Wohnungsinfrastruktur investieren und Neubau, Umbau oder Umwidmungen voranbringen. Dies ist an vielen Stellen auch sehr erfolgreich umgesetzt worden und wird weiter vorangetrieben.

Mit diesen genannten Maßnahmen haben wir den Kommunen Freiräume und Möglichkeiten geschaffen, nachhaltig zu investieren und Schwerpunkte im Rahmen der Kommunalen Selbstverwaltung zu setzen. Viele Kommunen nutzen diese Möglichkeit, um sich intensiv für die Wohnraumversorgung vor Ort zu engagieren. Für uns als CDU gilt hierbei das Subsidiaritätsprinzip, so dass die Kommunen vor Ort entscheiden müssen, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind.

e)

Es ist unser Ziel, dass sich jeder am allgemeinen Wohnungsmarkt mit einer angemessenen Wohnung versorgen kann. Hierfür haben wir – wie dargestellt – viel unternommen und werden weitere Maßnahmen umsetzen, damit ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen und Sonderunterkünfte zur Wohnraumversorgung nicht erforderlich sind.

Die soziale Durchmischung der Gebiete und die Auflösung reiner Sozialwohnraum-Siedlungen ist ein Erfolg und wird fortgesetzt. Wichtiger als die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen ist uns die Zahl der absolut verfügbaren Wohneinheiten und die passgenaue Verteilung und Mittelbereitstellung entsprechend der Bedürfnisse und Nachfrage der Bürger. Reine Sozialwohnungssiedlungen, wie sie politische Mitbewerber zur Steigerung der Zahl der Sozialwohnungen vorschlagen, führen häufig zu sozialen Problemen und werden daher von uns abgelehnt.

Davon getrennt zu sehen ist die Unterbringung von obdachlosen Menschen in Notsituationen. Dies ist gemäß der gesetzlichen Grundlagen Aufgabe der Kommunen. Ob dies in Sammelunterkünften erfolgt, obliegt der kommunalen Selbstverwaltung, solange diese die gesetzlichen Standards erfüllen. Eine dauerhafte Unterbringung in solchen Notunterkünften ist nicht zulässig.

Ebenfalls als Sonderfall ist die Unterbringung von Flüchtlingen während der Prüfverfahren zu sehen. Hier ist ein zügiges rechtsstaatliches Verfahren sicherzustellen, damit schnell geklärt wird, wer in Deutschland eine Bleibeperspektive hat und wer unser Land bald wieder verlassen muss. Wir als CDU wollen, dass den Kommunen nur noch Asylbewerber zugewiesen werden, die auch eine tatsächliche Bleibeperspektive haben und einen Schutzanspruch geltend machen können. Für diese Menschen stellen wir ein optimales Integrationsangebot zur Verfügung und bieten ihnen die Möglichkeit, dass sie Teil der Gesellschaft sind und ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien selbst finanzieren können. Hessen ist schon heute Pionierland konkreter Integrationsmaßnahmen in den verschiedensten Feldern. Die Palette reicht von Integrationslotsen über spezifische Angebote für Mädchen und Frauen bis zur Förderung von gemeinnützigen Migranteninstitutionen. Dazu gehört auch, dass ihnen eine angemessene Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Diesen Weg wollen wir weiter konsequent beschreiten. Wir werden aber auch ermöglichen, dass das Land, wie im Asylgesetz vorgesehen und oben bereits angedeutet, über eigene Landesgemeinschaftsunterkünfte verfügt und zukünftig nur noch Personen in die Kommunen und Gebietskörperschaften zugewiesen werden, die über einen Aufenthaltstitel verfügen. Alle anderen Migranten verbleiben in den Landeseinrichtungen, bis deren Status geklärt ist. Dies ist im Sinne eines schnellen Verfahrens zumutbar.

SPD

Wir wollen die schnellere Planung und den schnelleren Bau von Mietwohnungsbau fördern und zwar aus einer Hand und werden daher die Zuständigkeiten, die derzeit auf drei Ministerien verteilt sind, in einem Ressort bündeln. Wir wollen Planungsverfahren handlicher gestalten. Unser Ziel ist es, den Bau von zusätzlich mindestens 6.000 Wohnungen jährlich auf dem ersten und zweiten Förderweg zu unterstützen.

Wir werden auslaufende Sozialbindungen erneuern oder durch den Bau neuer Sozialwoh-

nungen mindestens kompensieren.

Wir wollen die Nassauische Heimstätte erhalten. Das Land muss mit seinen Beteiligungen an Wohnbaugesellschaften Verantwortung für die Dämpfung von Mieten übernehmen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für einen Mietenstopp ein. In den nächsten fünf Jahren sollen Mieten nur noch um die inflationsbedingte Preissteigerung erhöht werden dürfen.

Wir wollen Kommunen und Regionalplanung im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Acht bis zehn Jahre Planungszeit für die Flächennutzung sind zu lange. Außerdem wollen wir die Kommunen beim Kampf gegen Spekulation unterstützen. Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, baureife unbebaute Grundstücke mit deutlich höheren Abgaben zu belegen.

Bündnis 90/ Die Grünen

a) +b) vgl. Antwort auf Frage 1

c) Damit gerade die Notlage von Mieterinnen und Mietern durch steigende Mietpreise nicht ausgenutzt werden kann, erachten wir die Mietpreisbremse als ein sinnvolles Instrument, um Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieten in bestehenden und neu vermieteten Wohnungen zu schützen. Hierzu muss die Bundesregierung aber bei der gesetzlichen Regelung nachbessern. Das Gesetz muss Mieterinnen und Mietern nicht nur ein Auskunftsrecht über die zulässige Miete ermöglichen, es muss auch geregelt werden, dass der Vermieter dem Mieter von Anfang an überhöhte Mietforderungen erstatten muss. Außerdem muss der Vermieter dem Neumieter die bis zur Neuvermietung geltende Miete transparent darlegen und es müssen Verstöße gegen die Mietpreisbremse mit Bußgeldern geahndet werden.

d) Unser Leitbild ist eine nachhaltige Kommune mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum für alle in allen Stadtteilen, die Lebensqualität bietet - mit öffentlichen Aufenthaltsplätzen, wo ein soziales Miteinander möglich ist. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, eine gute soziale und ökonomische Infrastruktur mit Kitas, Schulen und Geschäften im Quartier. Wir wollen in allen Kommunen - in städtischen Regionen wie auch auf dem Land - für eine ausreichende Daseinsvorsorge, gute Anbindung mit Bus und Bahn, bedarfsgerechte Breitbandversorgung sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Gesundheitsleistungen und Schulen sorgen. Wir wollen lebendige Kommunen, in denen die Menschen arbeiten, wohnen und aktiv am Gemeindeleben teilnehmen können. Wir wollen das Pendeln zum Arbeitsplatz verringern durch guten ÖPNV-Verbindungen und sogenannte Co-working-Places. Darüber hinaus wollen wir zum Beispiel mithilfe von Frauenförderprogrammen im ländlichen Raum die Existenzgründungen von Frauen und Nebenerwerbe von Frauen in der Landwirtschaft unterstützen.

e) Als Sonderunterkünfte können z.B. die Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete bezeichnet werden, die vor allem in den Jahren 2015 und 2016 teilweise über Nacht errichtet wurden. Mittlerweile wurden viele der sehr einfachen Unterkünfte jedoch abgebaut, sodass alle Geflüchteten in regulären Gebäuden untergekommen sind. Dennoch war es in dieser Situation unvermeidbar, sehr schlichte Unterkünfte zu schaffen, damit niemand obdachlos wird. Hessen hat dies mit der tatkräftigen Hilfe der vielen Ehrenamtler*innen geschafft.

Die Linke

Der Wohnungsdruck ist besonders im Rhein-Main-Gebiet enorm. In anderen Teilen Hessens stehen Wohnungen leer. Eine Landesregierung muss eine vernünftige Strukturpolitik machen mit der Ansiedlungen von Landeseinrichtungen und der Ansiedlungsförderung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen, mit dem Ausbau des ÖPNV und der öffentlichen Infrastruktur, so dass nicht immer mehr Menschen ins Rhein-Main-Gebiet gedrängt werden. Eine gute Regionalpolitik würde verhindern, dass wertvoller Grund und Boden mit Logistikzentren und Landebahnen zubetoniert wird.

Der soziale Wohnungsbau muss wieder intensiv gefördert werden. Wir brauchen mehr be-

zahlbare Wohnungen möglichst in bestehenden und noch zu errichtenden öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften oder gemeinwohlorientierten Genossenschaften. Die Sozialbindung soll auf Dauer bestehen und somit darf es auch keine oder nur sehr moderate Mieterhöhungen geben. Wir werden eine Bundesratsinitiative für eine neue Gemeinnützigkeit auf den Weg bringen. Wohnungen, die im öffentlichen Besitz stehen, dürfen nicht geräumt werden.

Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass Wohnungen wieder in gemeinschaftliche Hand zurückkommen. Kommunen, Genossenschaften, aber auch Mieterinitiativen sollen vom Land gefördert werden, wenn sie die Wohnungen in das gemeinsame Eigentum bringen wollen. Dazu soll ein ReKommunalisierungsfonds aufgelegt werden.

Eine effektive Mietpreisbremse soll verhindern, dass Mieter*innen über Gebühr durch Mieten und Nebenkosten belastet werden. Wir sehen die Belastungsgrenze bei 30 Prozent des Nettoeinkommens gegeben. Das Land und die Kommunen müssen eine soziale Bodenpolitik machen. Das Land darf keine öffentlichen Immobilien und keinen Boden, der im Landesbesitz ist, verkaufen. Grundstücke und Immobilien dürfen nur an öffentliche und gemeinnützig agierende Genossenschaften beispielsweise in Erbbaupacht überlassen werden.

Die Sozialverpflichtung des Eigentums muss gerade bei der Wohnraumbewirtschaftung durchgesetzt werden. Leerstehender Wohnraum oder für Wohnraum nutzbare Gewerbeflächen müssen beschlagnahmt und der Nutzung als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Die Zweckentfremdung von Wohnraum soll wieder gesetzlich verboten und die Umwandlung von Büroleerstand in Wohnraum soll von Seiten des Landes vorangetrieben werden.

Bei der drohenden Räumung aus sozialen Gründen muss die Kommune aktiv werden und entweder wieder in die Wohnung einweisen oder eine adäquate Ersatzwohnung zur Verfügung stellen. Notunterkünfte sollten überhaupt nicht entstehen. Die noch vorhandenen sollen in regulären Wohnraum umgewandelt werden. Wichtig sind regionale Strukturen für eine gute Beratung und Unterstützung, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Für Menschen, die bereits ihre Wohnung verloren haben, soll es ein ‚housing first‘ Programm geben.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen nicht weiter den Mangel verwalten, sondern die Wohnungsnot und die Mietpreissteigerungen durch mehr Wohnungen aktiv bekämpfen. Dazu brauchen wir mehr Marktwirtschaft und weniger Bürokratie, damit es endlich wieder attraktiv wird, Wohnungen auch im unteren und mittleren Preissegment zu bauen. Wohnungsnot und steigende Mieten sind unter anderem Folgen fehlenden Baulands. Wir werden die von der Landesregierung initiierte Baulandoffensive evaluieren und effizienter gestalten. Ziel wird es sein, die Kommunen konkreter bei der Ausweisung von neuem Bauland zu unterstützen, Hürden zu beseitigen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinzuwirken. Auch die Stelle des Wohnungsbaubeauftragten werden wir dazu wieder neu besetzen. Wir wollen auch weiterhin Belegungsrechte für Sozialwohnungen im Bestand erwerben und die Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen verstärkt fortsetzen. Dabei soll auch auf serielles und damit kostengünstiges Bauen gesetzt werden. Die Involvierung der Stadtplanung soll dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Ghettobildung kommt.

5

Was wird Ihre Partei veranlassen, um die Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Brennpunkten / benachteiligten Stadtteilen zu erhöhen und dabei insbesondere die Beteiligungschancen der benachteiligten Gruppen zu stärken?

CDU

Mit den Programmen „Soziale Stadt“, „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ und auch anderen Programmen der Städtebauförderung werden die Kommunen bei ihren städtebaulichen Investitionen insbesondere zur Stärkung der Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration im Stadtteil unterstützt. Jedoch ist gerade in diesen betroffenen Quartieren eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung notwendig.

Die zumeist sehr komplexen Problemlagen können nicht allein aus Mitteln der Städtebauförderung gelöst werden. Vielmehr ist es erforderlich, dass vor Ort die städtebaulichen Investitionen im Sinne eines integrierten und passgenauen Ansatzes verstärkt mit geeigneten Maßnahmen, Instrumenten und Programmen weiterer Partner aus anderen Ressorts sowie aus Wirtschaft und Gesellschaft ergänzt und gebündelt werden. Wo es möglich ist, treten wir für eine Fortführung der gewachsenen Strukturen über die Laufzeit der Programme hinaus ein.

SPD

Mehr Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner hilft dabei, die Weiterentwicklung von benachteiligten Stadtteilen positiv zu gestalten. Daher werden wir prüfen, wie Beteiligungsformen verbindlich verankert werden können. Dazu werden wir die Erfahrungen beteiligter freier Träger nutzen.

Bündnis 90/ Die Grünen

Mit dem Programm „Gemeinwesenarbeit“ haben wir hier in den letzten Jahren einen grundlegenden Schritt gemacht. Die Gemeinwesenarbeit orientiert sich an der Lebenswelt der Bewohner*innen und stärkt sie darin, ihre Interessen zu formulieren und sich für sie einzusetzen. Das Programm selbst ist somit nur als partizipativer Prozess denkbar. Wir wollen die Gemeinwesenarbeit auf breitere Füße stellen und zu einem sozialräumlichen Projekt weiterentwickeln.

Studien haben gezeigt, dass insbesondere in benachteiligten Vierteln die Wahlbeteiligung sehr gering ausfällt. Wir GRÜNE wollen dafür arbeiten, auch diejenigen zu erreichen, die sich von der Politik nicht mehr angesprochen fühlen. Dafür wollen wir sichtbar sein und über die Parteibüros vor Ort weiterhin offene Veranstaltungen und Diskussionen anbieten.

Die Linke

Die Beteiligungschancen sollen im Wohnumfeld gefördert werden. Dabei bietet sich die soziale Stadt mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten gerade zu an. Allerdings soll auch in anderen Wohngebieten die Bildung von Bewohnerinitiativen und Mieterbeirat*innen unterstützt werden, die Kontrollrechte gegenüber Verwaltungen und Management von Wohnungsunternehmen benötigen.

Wichtig ist es Strukturen zu schaffen, so dass Bevölkerungsgruppen, die normalerweise nicht in Beteiligungsgremien einbezogen sind, die Möglichkeit erhalten sich zu beteiligen. Hierfür sind vielfältige Angebote erforderlich, so dass Menschen, die in Rente sind, die arbeitslos sind, die evtl. sogar in mehrfachen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, die Kinder oder Pflegebedürftige zu unterstützen haben, tatsächlich beteiligt werden können. Wichtig ist hierfür eine Koordinierungsstelle und Ansprechpartner*innen im Wohngebiet.

FDP

Wir haben in Hessen bereits viel erreicht, was die Integration und Teilhabe sozial- und bildungsbenachteiligter Gruppen angeht. Unter den Freien Demokraten haben wir seinerzeit ein Ministerium gegründet und geführt, welches Integration bereits im Namen trägt und dies

auch in die tägliche Arbeit einfließen lässt. In vielen Bereichen sind soziale Komponenten in die Förderrichtlinien des Landes aufgenommen, z.B. Sozialindex Schulen, Pauschale Schwerpunkt-Kitas Hessisches Kinderförderungsgesetz. Diese Arbeit wollen wir auch in der nächsten Wahlperiode fortsetzen.

6

In welcher Form und welchem Umfang beabsichtigt Ihre Partei (politische) Bildungsarbeit für Menschen aus sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen sowohl als landesweites Angebot als auch vor Ort zur Überwindung von strukturellen und sozialen Benachteiligungen zu fördern?

CDU

Gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen entscheidet maßgeblich über das persönliche Fortkommen, beruflichen Erfolg und soziale Absicherung. Bildung ist eine unserer zentralen Zukunftsaufgaben. Wir als CDU haben uns daher zum Ziel gesetzt, durch individuelle Förderung und differenzierte Angebote jedes Kind zum bestmöglichen Bildungserfolg zu führen. Wir wollen die unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen optimal fördern. Wir werden uns daher auch künftig für ein gegliedertes und differenziertes, aber durchlässiges Schulsystem einsetzen.

Darüber hinaus arbeitet Hessen kontinuierlich am bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten. Der Ausbau des erfolgreichen „Paktes für den Nachmittag“ im Sinne von Wahlfreiheit, Angebotsvielfalt und Bedarfsorientierung hat für uns Priorität. Mit unserem Ganztagsprogramm unterstützen wir die verantwortlichen Städte und Landkreise beim Ausbau dieser Angebote. Hohe Bedeutung kommt der engen Kooperation der Schulen vor Ort mit den Schulträgern (Kommunen), Einrichtungen der Jugendhilfe und ansässigen Musikschulen, Sportvereinen, Fördervereinen und anderen Institutionen zu. Durch unser Ganztagsprogramm wollen wir die Schulen dabei unterstützen, im Unterricht und darüber hinaus Kindern und Jugendlichen individuelle Lernanregungen zu geben – mit Angeboten, die sie fördern, bereichern und ihr Interesse wecken. Gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten sind auf diese Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Bildungschancen besonders angewiesen.

Für den Ausbau der Ganztagsangebote im Ganztagsprogramm und im Pakt für den Nachmittag stehen in Hessen seit dem Schuljahr 2016/2017 in jedem Schuljahr bis zum Schuljahr 2019/2020 insgesamt 350 Stellen zusätzlich zur Verfügung. In den 350 Stellen enthalten sind die in den Haushaltsjahren 2016, 2017 und 2018/2019 jeweils 120 Stellen aus einem 6 Millionen Euro-Zusatzpaket. Damit können wir mehr gebundene und teilgebundene Angebote an den Schulen schaffen und den Ausbau im weiterführenden Bereich fördern. Im Schuljahr 2016/2017 wurden Ressourcen im Umfang von rund 2.200 Stellen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal für den Ganztagsausbau bereitgestellt. Im Schuljahr 2017/2018 waren es rund 2.600 Lehrer- und Erzieherstellen und im Schuljahr 2018/19 sind es rund 2.950. Mit diesem erheblichen Ressourceneinsatz konnten wir die Zahl der ganztägig arbeitenden Schulen in den vergangenen Jahren stetig ausbauen und zum Schuljahr 2018/2019 können wir 1.155 Schulen im Ganztagsprogramm des Landes verzeichnen. Betrachtet man beispielsweise allein die Anzahl der reinen Grundschulen und verbundenen Grundschulen im Ganztagsprogramm, hat sich diese seit 2011/2012 von 321 auf 632 Schulen im Schuljahr 2018/2019 erhöht und damit fast verdoppelt. Damit arbeiten aktuell über zwei Drittel aller allgemeinbildenden Schulen der Grundstufe und der Sekundarstufe I (inklusive Förderschule) ganztägig.

Durch den Pakt für den Nachmittag erhalten die Eltern die Möglichkeit eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes von 7.30 bis 17.00 Uhr und bei Bedarf in den Ferien an der Schule ihres Kindes. Sie können, je nach Schulträger, zwischen verschiedenen Modulen wählen, kürzeren bis 14.30 Uhr oder 15.00 Uhr und längeren bis 16.00 Uhr oder 17.00 Uhr. Auch im Schuljahr 2018/2019 gehen wir mit dem Pakt weiter in die Fläche. Wir haben vier neue Schulträgerregionen und insgesamt 42 neue Schulen in das Programm aufgenommen. Damit nehmen inzwischen drei Viertel aller Schulträger (25 von 33) mit insgesamt 208 Schulen am Angebot teil. Dafür stellen wir den 208 Paktschulen aktuell rund 530 Stellen zur Verfügung.

Des Weiteren soll in Hessen möglichst kein ausbildungswilliger Jugendlicher mehr ohne Ausbildungsplatz bleiben. Damit dies gerade auch Jugendlichen gelingt, die es besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, unterstützen das Land z.B. mit dem Hauptschülerprogramm und der Ausbildungsplatzförderung. Für 2018 hat die CDU-geführte Landesregierung hierfür rund 4 Millionen Euro vorgesehen. Darüber hinaus unterstützt sie die Initiative ProAbschluss mit Beratung und Zuschüssen zu Weiterbildungsmaßnahmen, um Beschäftigten nachträglich zu einem Abschluss zu verhelfen. Die Landesregierung hat für die Initiative bis 2021 rund 33 Millionen Euro aus eigenen und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds eingeplant. So nimmt das Land seine gesellschaftspolitische Verantwortung wahr, niemanden zurückzulassen.

Die Frage einer lebenswerten Stadt ist aber auch eine Frage der Erreichbarkeit. Grundsatz hessischer Mobilitätspolitik ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sich frei entscheiden können, mit welchem Verkehrsmittel sie ihre Wege zurücklegen wollen. Das Land setzt sich für leistungsstarke Schienenwege und Straßen ein, stärkt aber auch den Nahverkehr mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Das bundesweit einmalige, landesweit gültige Schülerticket für 365 Euro im Jahr, das Landesticket für alle Landesbeschäftigten wie auch Modellversuche, in denen Mobilitätsstationen Busse und Bahnen mit E-Carsharing- und E-Leihfahrrad-Systemen verknüpfen, weisen dabei in die richtige Richtung. Über 200 Kommunen sind mittlerweile in der vom Land initiierten „Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen“ vertreten, die sich dem Ziel verschrieben hat, optimale Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer zu fördern und entsprechende Konzepte zu entwickeln. Grundlage hierfür ist die im vergangenen Jahr vorgestellte „Nahmobilitätsstrategie Hessen“.

Mit dem neuen Hessischen Mobilitätsfördergesetz leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag, um die Infrastruktur in den hessischen Städten und Gemeinden zu stärken und auszubauen. Wir setzen ab 2020 mit Auslaufen der Bundesförderung selbst 100 Millionen Euro ein, um auf kommunaler Ebene für Planungs- und Finanzierungssicherheit zu sorgen und Mobilität in der Fläche gewährleisten zu können. Dadurch können auch in Zukunft z.B. der Bau und Ausbau von Haltestellen, Verkehrsstationen und Mobilitätsstationen wie auch die Beschaffung elektrisch betriebener Busse unterstützt werden. Auch dies sichert eine qualitativ hochwertige Nahmobilität und verbessert die Aufenthaltsqualität in unseren Städten.

SPD Wir wollen generell die politische Bildung stärken, nicht nur für Menschen aus sozialen Brennpunkten. Die außerschulische Bildungsarbeit ist in Hessen fast zum Erliegen gekommen. Sie ist aber wichtig, um unsere Demokratie zu stärken.

**Bündnis 90/
Die Grünen** Integration kann nur gelingen, wenn alle Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen und -schichten an unserer Gesellschaft teilhaben können. Die Teilhabe aller ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern letztlich auch des inneren Friedens. Der Schlüssel hierfür ist Bildung. Dafür reicht es oft nicht, attraktive Angebote bereitzuhalten. Gerade in sozialen Brennpunkten müssen wir auf die Menschen zugehen, müssen wir die Menschen abholen und mitnehmen. Deshalb ist es uns GRÜNEN weiterhin ein Anliegen, die Träger der freien Jugendhilfe - Wohlfahrtsverbände, Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und andere Träger von Einrichtungen und Diensten besonders zu fördern – sowohl finanziell als auch, wenn erforderlich und gewünscht, durch Beratung seitens der öffentlichen Träger. Denn die Bewahrung und Förderung der Vielfalt von Jugendhilfeträgern unterschiedlicher Wertorientierungen ist für den Zusammenhalt in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft ebenso eine unverzichtbare Voraussetzung wie die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen.

Wir wollen außerdem die politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche innerhalb wie

außerhalb der schulischen Bildung stärken. Sie ist Grundlage für unsere Demokratie. Darum möchten wir Unterricht im Bereich Politik/Sozialkunde/Wirtschaft auf der Studentafel stärken und einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sicherstellen.

Die Linke Lebensbegleitendes Lernen ist auch im kulturellen und politischen Bereich unabdingbar, gewinnt für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist gerade für Ehrenamtliche zu fördern. Der Ausbau ist auch eine Antwort auf das Erstarken von rassistischen und faschistischen Kräften. Hierfür sind die Weiterbildungsmaßnahmen auszubauen. Den Volkshochschulen kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu, aber auch nicht profitorientierte Vereine und Verbände sollen daran beteiligt sein. Die Landesförderung der Weiterbildung muss erhöht werden.

FDP Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich generell für lebenslanges Lernen ein. Hierfür möchten wir die entstandenen Strukturen wie zum Beispiel die Rechtsstaatsklassen und die Angebote privater und öffentlicher Anbieter aufeinander abstimmen.

7

Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, die Bildungs- und Betreuungsinstitutionen in sozialen Brennpunkten/benachteiligten Stadtteilen prioritär mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten, damit sie in der Lage sind, die strukturelle Benachteiligung und erschwerten Lernausgangsbedingungen abzubauen?

CDU

Die CDU-geführte Hessische Landesregierung unterstützt aktiv das Anliegen, Stadtentwicklungs- und Bildungspolitik stärker miteinander zu verzahnen. Im Rahmen der Gesamtmaßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ sind bereits heute städtebauliche Maßnahmen in der Bildungsinfrastruktur grundsätzlich förderfähig (z.B. mit dem Ziel, Schulen zum Stadtteil zu öffnen). Im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ führen darüber hinaus das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung das Forschungsfeld „Orte der Integration“ durch.

In acht Modellkommunen sollen in benachteiligten Quartieren Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen durch die Bündelung von Bildungsangeboten und den Aufbau innovativer Netzwerke zu sogenannten Orten der Integration qualifiziert werden. Jenseits der Diskussionen um die Dreigliedrigkeit des Schulsystems ist eine Ausrichtung der Struktur des Bildungsangebotes auf integrative Zielsetzungen nur im Rahmen einer lokal zentrierten Schulentwicklungsplanung (Zuschnitt der Schuleinzugsbezirke, Ressourcenverteilung, Schulentwicklungsplanung etc.) möglich und sinnvoll. Hier sind die kommunalen Gebietskörperschaften im eigenen Interesse aufgefordert, partizipative Angebote zu unterbreiten, um systemische Benachteiligungen zu vermeiden.

SPD

In benachteiligten Stadtteilen müssen beste Strukturen in allen Bildungsinstitutionen vorhanden sein, um Nachteile für dort lebende Kinder möglichst umfassend auszugleichen. Wir brauchen Ganztagsangebote in Kindertagesstätten und Schulen, die kostenfrei sind, damit den Kindern umfassende Bildungsangebote zur Verfügung stehen. Generell wollen wir die Qualität in Kitas steigern, Hessen darf nicht länger Schlusslicht bei der Personalausstattung in den Kindergärten sein.

Bündnis 90/ Die Grünen

Wir GRÜNE wollen, dass die Herkunft nicht über die Zukunft entscheidet. Wir wollen deshalb die Bildungsinstitutionen mit besonderen Herausforderungen stärken. Damit fangen wir bereits bei den Kindertagesstätten an. Kindertagesstätten, in denen viele Kinder betreut werden, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist oder für die, die Jugendhilfe die Kostenbeiträge übernimmt, werden mit der Schwerpunkt-Pauschale nochmals zusätzlich gefördert. Daran wollen wir festhalten. Außerdem fordern wir eine systematische Sprachförderung von Anfang an. Spätestens ab der Grundschule sollen alle Schülerinnen und Schüler sprachlich fit sein.

Neben dem Bildungsauftrag wird der Erziehungsauftrag von Schulen immer bedeutender. Für die zusätzlichen Aufgaben brauchen unsere Schulen auch zusätzliche Unterstützung. Für Schulen mit besonderen Herausforderungen (Sozialindex, Integration, Inklusion) streben wir daher eine weitere Verbesserung der Lehrerausstattung über die 105% hinaus an. Auch wollen wir den Ansatz ausbauen, die Schulen durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für die pädagogische Arbeit schaffen.

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung brauchen wir ein vielfältiges, an die unterschiedlichen Bedürfnisse, Lebenssituationen, Stärken und Schwächen angepasstes Bildungsangebot. Die Volkshochschulen und die weiteren anerkannten Träger der Weiterbildung schaffen hier

ein verlässliches Netz, das wir mit dem „Pakt für Weiterbildung“ durch Landesmittel deutlich gestärkt haben. Den darin festgehaltenen qualitativen wie quantitativen Ausbau der Angebote wollen wir in den kommenden Jahren fortsetzen und stärken. Hierzu ist besonders der Zugang zu Bildungsangeboten zu erleichtern. Dies wollen wir u.a. über ein verstärktes Angebot an frei zugänglichen Online-Kursen erreichen.

Die Linke

DIE LINKE fordert in ihrem Wahlprogramm eine garantierte Grundversorgung mit den notwendigen Gütern wie Bildung, Mobilität, Gesundheit und Wohnen für alle Menschen. Davon profitieren mehrheitlich Menschen, die in benachteiligten Stadtteilen leben, dies ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Zusätzlich muss Bildung von Anfang an gebührenfrei sein, angefangen in der kostenfreien Kita über eine echte Lernmittelfreiheit für Schüler*innen und deren kostenfreien Schülerbeförderung zu den Schulen. Wir brauchen gut ausgestattete und gebundene Ganztagschulen, so dass Kinder umfassend gefördert werden können. Bei der Sanierung und Ausstattung der Schulen aber auch der Kitas sollen gerade benachteiligte Gebiete besonders beachtet werden, so dass die Kinder dort gute Startchancen haben und sich Eltern nicht anderweitig orientieren.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jedes Kind von Beginn an beste Startchancen erhält, so dass es unabhängig von seiner Herkunft und seinen persönlichen Voraussetzungen sein Recht auf bestmögliche Bildung verwirklichen kann. Deshalb wollen wir in diesem Bereich vorrangig investieren, aber wir setzen nicht erst in der Schule an. Daher sind die Förderung und Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung und der frühkindliche Bildung für uns Freie Demokraten zwei der wichtigsten Zukunftsthemen unseres Landes. Hier werden die Grundlagen für ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und glückliches Leben gelegt. Wir wollen neben den bedarfsgerechten von Kinderbetreuungsplätzen auch eine notwendige Qualitätsoffensive für Kindertagesstätten realisieren, um Kindertagesstätten in die Lage versetzen, beziehungsvolle Pflege und bestmögliche individuelle Begleitung und Unterstützung für jedes Kind zu realisieren. Chancengerechtigkeit an Schulen bedeutet für uns die passgenaue Förderung vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zur Hochbegabung. Dafür brauchen wir moderne Schulen, ausreichend und hochqualifizierte Lehrkräfte, die die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Talente, Begabungen aber auch Herausforderungen individuell fördern können. Wir erkennen das derzeitige Schulsystems in seiner Verschiedenheit und Vielfältigkeit an und sehen daher nicht das Erfordernis, dieses grundsätzlich in Frage zu stellen oder strukturell zu verändern. Wir vertrauen auf die Kompetenz vor Ort, die die Bedürfnisse des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und das Schulangebot darauf ausrichtet und deshalb sind Schulwahlfreiheit und Schulvielfalt auch zukünftig die zentralen Maßstäbe, da es für uns per se keine besseren oder schlechteren Schulformen oder Bildungsgänge gibt. Vielmehr gilt es, überall die optimalen Bedingungen für die beste Bildung zu schaffen. Dabei sollen die Besonderheiten vor Ort berücksichtigt und Wettbewerbs- bzw. Standortnachteile beseitigt werden (z.B. durch den Sozialindex, der auch in Zukunft dazu beitragen soll, dass Schulen, die unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, zusätzliche Ressourcen bekommen). Die Herkunft der Schülerinnen und Schüler oder deren Wohnsitz sollen nicht über die Bildungschancen eines Kindes oder Jugendlichen entscheiden. Eltern sollen eine echte Wahl haben und die beste Schule für ihr Kind auswählen können. Daher darf es keine ideologisierte Bevorzugung oder Benachteiligung geben. Aber wir setzen auch auf den Bildungsort Kommune, denn nur durch die Vernetzung und Kooperation von Bildungseinrichtungen, die sich über den gesamten Bereich des lebenslangen Lernens erstrecken und zudem auch außerschulische Lernorte der kulturellen Bildung einbeziehen kann es gelingen, zielgruppenspezifische und bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen, die einen von der Herkunft unabhängigen Zugang ermöglichen. Hier muss zum einen die Zusammenarbeit verschiedenen Professionen verstärkt und zudem müssen besondere Bedarfe in geeigneter Weise berücksichtigt werden.

8

In welcher Form werden Sie die Arbeit des überregionale Netzwerk der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zum Erfahrungsaustausch, Qualifizierung und Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit, der Bürgerbeteiligung und des integrierten Ansatzes der sozialen Stadtteilentwicklung unterstützen?

CDU

Die CDU-geführte Landesregierung hat bereits vor längerer Zeit zur Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ einen besonderen Weg gewählt und in Kooperation mit der „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (LAG)“ die Servicestelle „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)“ eingerichtet, die bei der Hessen Agentur angesiedelt wurde. Sie stellt den Kommunen umfangreiche und über die Jahre gewachsene Beratungskompetenz in den verschiedensten Bereichen, einschl. Konversion, zur Verfügung. Sie unterstützt und optimiert die interkommunale, ressort- wie trägerübergreifende Kooperation zwischen Projektgebieten, Kommunen und Landesebene. Die Servicestelle bietet auf diese Weise mit ihrer Kooperationsstruktur ein wichtiges Netzwerk für Beratung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Begleitforschung. Sie übernimmt ebenfalls Moderations-, Koordinations- und Dokumentationsaufgaben. Auch unter den beteiligten Ministerien gilt der Grundsatz gemeinsamen Handelns.

SPD

Ein neues tragfähiges soziales Netz in Hessen kann nicht alleine vom Land geknüpft werden. Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Kommunen, mit den Betroffenen und mit Netzwerken, wie der LAG Soziale Brennpunkte wollen wir benachteiligte Stadtteile unterstützen.

**Bündnis 90/
 Die Grünen**

Die aktive Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Initiativen und ihren Mitgliedern, die inklusive Sozialpolitik vor Ort realisieren, ist und bleibt ein zentraler Baustein für uns GRÜNE.

Die Linke

Die LAG Soziale Brennpunkte leistet eine sehr wertvolle Arbeit für das Zusammenleben in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen und für eine soziale und solidarische Gesellschaft. Es ist wesentlich, dass sich die Menschen in diesen Wohngebieten nicht als die Opfer einer sie ignorierenden Politik erleben, sondern die Möglichkeit bekommen, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Für die örtliche Umsetzung sind wichtige Aufgaben der Kooperation, der Beratung, des Erfahrungsaustausches, der Vermittlung von Wissen und der Hilfen bei der Antragsstellung und Auswertung zu leisten.

FDP

Wir werden die derzeitige finanzielle Förderung der LAG Brennpunkte beibehalten.